

**Redebeitrag zur Haushaltsberatung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg  
am 6.12.2004**

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist zum ersten Mal, so lange ich Mitglied im Stadtrat bin, fraglich, ob der Haushalt bei seiner abschließenden Lesung eine Mehrheit bekommt. Dafür sprechen die Abstimmungen im Finanzausschuss und im Verwaltungsausschuss und einige Entscheidungen wie die Erhebung einer Zweitwohnsitzsteuer, die Unklarheiten bei der Finanzierung und den Stellen des Theaters, die Verfahrensweise bei der Veräußerung von Kommunalvermögen und gegensätzliche Auffassungen im Stadtrat und zwischen Fraktionen und Oberbürgermeister, nicht hauptsächlich in der Frage, ob der Haushalt im Dezember oder im Januar beschlossen werden soll. Es ist eine ziemlich verworrenen Situation unterschiedlicher Positionen im Stadtrat.

Der PDS-Fraktion geht es mit ihrem Votum für eine ausreichende Zeit der Haushaltsberatung nicht nur darum, eigene Vorschläge auszuarbeiten und zu vertreten, sondern sich Klarheit über die Folgen der Haushaltsentscheidungen zu verschaffen. Wir sind zuerst Vertreterinnen und Vertreter der Einwohnerschaft Magdeburgs und nicht vor allem dem ausgeglichenen Haushalt verpflichtet. Das ist per Gesetz geregelt, doch die Gesetzgeber in Land und Bund kürzen wie in den vergangenen Jahren fortgesetzt die Kommunalzuweisungen.

Sie belasten die Bürgerinnen und Bürger zur Entlastung der Staatskasse mit immer höheren Kosten für die Gesundheits- und Altersvorsorge, für deren Mobilität, für Militäreinsätze im Ausland u.a.m. Während dessen werden die kommunalen Mandatsträger mit aufsichtlichen Erlassen zur Kompensation der spärlicher fließenden Finanzausstattungen gezwungen, zur Haushaltskonsolidierung. Wenn sich hier nichts ändert, werden wir auf der unterste Ebene des Gemeinwesens unsere Haushaltsprobleme niemals lösen können.

Uns wird mehr oder weniger direkt vorgehalten: Bei einer Deckungslücke von 80 Millionen Euro gibt es für Wünsche von Mitgliedern des Stadtrates, die Geld kosten, keine Spielräume und Handlungsmöglichkeiten mehr. Das ist einfach nicht wahr. Die Polemik des Herrn Oberbürgermeisters vom vergangenen Donnerstag, woher denn die Millionen kommen sollen, wenn wir seinen Vorschlägen nicht folgen, und er auf die Vorschläge aus den Fraktionen gespannt sei, ist nicht hilfreich. Es gibt nämlich aus den Reihen des Stadtrates seit Jahren eine Reihe interessanter Vorschläge für zusätzliche Einnahmen und Einsparungen bei den Ausgaben.

In den vergangenen Jahren ist es der PDS-Fraktion gelungen, einige Stadtratsentscheidungen herbeizuführen, die sich als Entlastungen für den Stadthaushalt bewährt haben. Wir waren zum Beispiel die Initiatoren eines Programms der Schulverschönerung durch den zweiten Arbeitsmarkt und der Überplanung des Petriförders, der zurzeit für die Stadt praktisch zum Nulltarif mit Hilfe von Fördermitteln umgestaltet wird.

Wir haben uns langfristig für Schlüsselinvestitionen eingesetzt, die einen Entwicklungsschub bewirken sollen. Dem Oberbürgermeister Polte haben wir im Jahr 1996 Vorschläge für die Entwicklung der Rotehorninsel übergeben, in der der Wiederaufbau der Sternbrücke eine zentrale Aufgabe gewesen ist. Der Stadtratsbeschluss zur Sternbrücke kam erst fünf Jahre später, doch in fünf Monaten haben wir diese wichtige Brücke wieder. Sie ist eine Bedingung für verstärktes privatwirtschaftliches Engagement im Freizeit- und touristischen Bereich. Die Rotehorninsel kann nur voran kommen, wenn sich die Stadt und private Unternehmen gemeinsam in die Riemen legen.

Hauptsächlich deshalb fordert die PDS-Fraktion seit Jahren den Verzicht auf den Kauf des Messeplatzes. Auch heute liegt Ihnen ein endsprechender Antrag vor. Wir könnten sicherlich noch viele Grundstücke mehr erwerben, doch für ihre Entwicklung ist dann die Stadt alleine zuständig. Die Konsequenzen daraus kann jeder an den Kosten der Entwicklungsmaßnahme Rothensee ablesen.

Die andere Fläche, auf deren Erwerb wir verzichten sollten, ist die der ehemaligen Spaltanlage in Rothensee. Hier soll das Tierheim errichtet werden. Ich warne vor einer Fehlinvestition. Die Gefahr besteht, weil die Kosten für das Tierheim gedeckelt sind und der Kaufpreis für das kontaminierte Gelände von den Baukosten abgezogen wird. Mit anderen Worten, wann immer das Tierheim gebaut wird, es besteht die Gefahr, dass es nicht den Erfordernissen in Magdeburg entspricht.

Hinzu kommt: Der von der Fraktion Bündnis 90 / Grüne am 7. Oktober eingebrachte Antrag Nr. 149/04 wurde in die Ausschüsse verwiesen und wird, obwohl er für den Haushalt relevant ist, ignoriert. Statt dessen hörten wir, der Vertragsabschluss über den Flächenerwerb stehe bevor. Das ist bei einem Haushaltsdefizit von 80 Millionen Euro niemandem zu erklären. Deshalb der PDS-Antrag zum Verzicht auf den Ankauf dieser Fläche heute. Die Entscheidung des Stadtrates über ihn wird durchaus auch das Abstimmungsverhalten der Mitglieder unserer Fraktion zum Haushalt beeinflussen.

Den wohl entscheidendsten Einfluss auf unser Abstimmungsverhalten zum Haushalt wird die Entscheidung über die Veräußerung kommunalen Vermögens von 15 Millionen Euro im Jahr 2005 und noch einmal 25 Millionen Euro im Jahr 2006 haben. Erst vor sechs Tagen hat uns der Oberbürgermeister nach wiederholtem hartnäckigem Drängen aus mehreren Fraktionen gesagt, mit wem er über welche Vermögenswerte verhandelt. Wahr ist, dass die Veräußerung von Vermögenswerten im Konsolidierungsprogramm steht. Doch das ist kein Freibrief. Hier geht es um Privatisierung kommunaler Aufgaben, nicht nur des Vermögens, und dafür müssen zuvor politische Entscheidungen getroffen werden. Mindestens die Fragen nach dem Umfang der Veräußerung, den Konsequenzen und den Grenzen künftiger Gebühren müssten vor Aufnahme von Verhandlungen durch den Stadtrat definiert worden sein. Doch unser Oberbürgermeister hat bereits ohne Wissen des Stadtrates verhandelt.

Vor der Haushaltsentscheidung ist zu klären, welche Chancen auf Zustimmung die vorgesehene Veräußerung hat. Und da hilft auch nicht die Tatsache, dass von der 15 Millionen-Euro-Einnahme im Jahr 2005 der Bau des neuen Fußballstadions abhängt. Wir müssen hier wissen, welche Folgen unser Votum bei Zustimmung und bei Ablehnung für die Einwohner und die künftige Haushaltslage hat.

Wir können nicht verstehen, wie der Oberbürgermeister die fortgesetzte Verschwendung in der Flughafen-Gesellschaft verteidigt. Die PDS fordert seit Jahren ein vertretbares Betreiberkonzept. Einen Vorschlag haben wir dem Stadtoberhaupt vor zwei Jahren vorgelegt.

Durch alle möglichen Tricks wird das Aufgreifen der Vorschläge durchkreuzt. Das ging sogar so weit, dass dem Geschäftsführer der Flughafen GmbH, der von der fortgesetzten Geldverschwendung profitiert, das Konzept zur Beurteilung vorgelegt worden ist. Und heute ist das Argument des Herrn Oberbürgermeisters, dass bei Annahme des PDS-Antrages Mitarbeitern gekündigt werden müsse.

Dazu nur so viel: Der Antrag des Oberbürgermeisters zur Streichung von dreiunddreißig Stellen am Theater führt zum Ausscheiden von zweiundzwanzig Beschäftigten und zu betriebsbedingten Kündigungen mit erheblichen Abfindungszahlungen. Besonders die Philharmonie ist davon betroffen. Die Folge ist mit Sicherheit die Einschränkung ihrer Spielfähigkeit und der des Theaters insgesamt.

Wenn unser Flugplatz aber nur noch mit fünf statt mit vierzehneinhalb Beschäftigten betrieben werden würde, dann startete und landete deswegen nicht ein Flugzeug weniger. Und wenn die Gewerbeflächen am Flugplatz in eine professionelle Vermarktung kämen, erhöhten sich zusätzlich die Einnahmen der Stadt.

Ich möchte nun auf den Millionenvorschlag zu sprechen kommen, den der Oberbürgermeister von uns erwartet. Zugegeben, es ist eine schwierige Aufgabe, doch unlösbar ist sie nicht; vor allem ist mein Vorschlag nicht neu. Seit dem 1. Juni 2004 hat Herr Dr. Trümper ein Angebot in der Tasche, dass ihm vom Landrat Webel und von Bürgermeistern benachbarter Gemeinden unterbreitet worden ist. Darin ist die Bereitschaft erkennbar, im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit einen Beitrag zur Finanzierung überörtlicher Infrastruktur zu leisten. Mir wurde erst dieser Tage bestätigt, dass man auf Signale aus Magdeburg wartet. Eine Summe kann ich hier nicht sagen, doch niemand kann erklären, warum wir die Stadtbibliothek, die Theater, den Zentralen Omnibusbahnhof, die Bäder, den Elbauenpark, die Stadthalle u.a.m. auch noch in den Zeiten unserer Finanznot alleine finanzieren wollen.

Das lauthalse Verlangen nach Eingemeindungen tragen wir nicht mit, doch es ist nicht nachvollziehbar, wieso interkommunale Zusammenarbeit und irgendwann einmal staatlich verordnete Eingemeindungen sich ausschließen. Wir schlagen also vor das Geld der Region für die überörtliche Infrastruktur für unseren Haushalt zu mobilisieren. Ob es eine Million wird, werden wir sehen.

Einnahmen realisieren wir noch unzureichend aus der Förderung privater Investitionen in der Landeshauptstadt Magdeburg. Der Haushalt muss hinsichtlich seiner Potenziale dafür durchforstet werden. Das ist auch kein neuer Vorschlag der PDS. Er wird nur nicht ernst genommen. Die am 12.7.2004 beschlossene Verarbeitung von Bioabfall geht für 41 Monate an eine Firma in Hohendodeleben. Dreieinhalb Jahre Einnahmen und Umsatz im Nachbarkreis. Warum? Wir haben genügend Gewerbeflächen am Stadtrand, auf denen entsprechende Anlagen errichtet werden könnten. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie es gelingen kann den Geldkreislauf in Magdeburg selbst zu stärken.

Die finanzielle Lage unserer Stadt verschärft sich seit 2001 von Jahr zu Jahr drastisch. Es ist ein Wunder, dass wir in im Sozialbereich, in der Kulturfinanzierung und bei den Investitionen noch keine dramatischen Einbrüche hatten. Doch die Frage, welche Prioritäten für unseren Haushalt gelten, stellt sich immer schärfer.

Ab dem Haushaltsjahr 2005 wird Hartz IV Wirklichkeit. Durch Übertragung der Zuständigkeit des Sozialamtes für die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger auf die ARGE soll der Sozialhaushalt der Stadt um 13 Millionen Euro entlastet werden. Wir werden sehen, ob

das so eintritt. Eine tatsächliche Entspannung bedeutet dies für den defizitären Stadthaushalt jedoch nicht.

In den vergangenen Monaten hat man den Menschen einige schöne Rechnungen über Einzelfälle beim Arbeitslosengeld 2 vorgeführt. Fakt ist aber, dass die Landesregierung bereits im Jahr 2003 einen Kaufkraftverlust in Sachsen-Anhalt von über 200 Millionen Euro durch Hartz IV prognostiziert hat. Dieser Verlust trifft den Handel, den Dienstleistungsbereich, die Gastronomie, die Kultur- und andere Einrichtungen der Stadt empfindlich. Arbeitslosengeld 2-Empfänger haben nämlich weniger Geld zum Ausgeben. In diesem Personenkreis befinden sich Langzeitarbeitslose und bisherige arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger, die für den Magdeburg-Pass berechtigt sind und durch den Pass Vergünstigungen beim Besuch des Zoos, beim Straßenbahnfahren u.a.m. haben. Er berechtigt auch zur Teilnahme am Essen der Magdeburg-Tafel. Allerdings ist das nur bis zum 31.12.2004 durch Stadtratsbeschlüsse gedeckt.

In der Betreuung des Sozialamtes bleiben nur noch etwa 400 Bedarfsgemeinschaften. Deshalb wollen wir, dass die in Aussicht gestellte Entlastung des Sozialhaushaltes *nicht ganz* so hoch ausfällt und beantragen heute, dass der Magdeburg-Pass künftig auch an Arbeitslosengeld 2-Empfänger ausgegeben wird. Zu Höhe der Kosten können wir noch keine Auskünfte machen. Das ist auch schwierig. Wer die volle Höhe der Eintritte zahlen soll, wird womöglich nicht mehr ins Museum gehen oder ins Theater. Das bedeutet dann geringere Einnahmen für den Stadthaushalt. Letztlich geht es um das Sichern von Lebensqualität für arme Magdeburgerinnen und Magdeburger.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie sehen, der Haushalt 2005 ist aus Sicht der PDS-Fraktion durchaus noch verbesserungsfähig. Der Haushalt des Jahres 2004 wurde am 12. Januar 2004 verabschiedet. Was sollen also die Drohungen des Oberbürgermeisters mit den Verlusten für die Vereine und unser Stadtjubiläum. Das Fatale ist, einige Mitglieder des Stadtrates glauben, das es so kommen muss, wie es der Oberbürgermeister beschreibt. Ich bitte Sie, geben Sie diesem Druck nicht einfach nach. Bessere Entscheidungen sind möglich.

Das bedeutet keine Unterschätzung der Arbeit bei der Aufstellung der Planung für das kommende Jahr. Trotz der Unwägbarkeiten hat die Kämmerei mit Übersicht und Umsicht gearbeitet. Das ging aus den Ausschussberatungen und den Unterlagen hervor. Sie haben uns in der Meinungsbildung trotz mancher Hilfllosigkeit geholfen. Auch die anderen Dezernate beziehe ich hier ein. Dafür den herzlichen Dank meiner Fraktion.

Ich bedanke mich auch bei Ihnen allen für ihre Aufmerksamkeit.